



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

3. August 2022

CDU-Juristen und CDU-Polizisten im Gespräch mit Staatssekretär Siegfried Lorek

Die Landesarbeitskreise Polizei und der christlich demokratischen Juristen (LACDJ) der CDU Baden-Württemberg trafen sich zum digitalen Austausch mit dem Staatssekretär im baden-württembergischen Ministerium der Justiz und für Migration Siegfried Lorek MdL. In der gemeinsamen Videokonferenz wurden die aktuelle Flüchtlingssituation, insbesondere aus der Ukraine, und die Migrationspolitik besprochen.

Staatssekretär Lorek gab einen Überblick über die aktuelle Situation; im ersten Halbjahr 2022 kamen bereits mehr Flüchtlinge nach Deutschland als im Jahr 2015. Derzeit kämen etwa nur noch die Hälfte aus der Ukraine. Ein wesentlicher Zuzug sei aus Italien und Griechenland festzustellen. Griechenland erkenne Flüchtlinge schnell an und duldet deren Weiterreise innerhalb Europas, meist nach Deutschland. Die Grenze von Polen nach Belarus sei stabil. Dies sei in den vergangenen Jahren nicht der Fall gewesen. Für Baden-Württemberg gehe man derzeit von einem finanziellen Mehrbedarf aufgrund der Migration i.H.v. 560 Mio. Euro aus.

Mehr als die Hälfte der Asylantragsteller geben an, keine Identitätspapiere zu haben. Bei Durchsuchungen würde sich dies aber meist als Falschangabe herausstellen. Hier müsse bereits an der Grenze die Möglichkeit zur Durchsuchung gegeben werden. Die Hälfte der Abschiebungen scheiterte wegen fehlender Identitätspapiere. Deshalb sei auch der Plan der Ampel-Bundesregierung, zukünftig die Identität an Eides statt versichern zu lassen, die falsche Richtung.

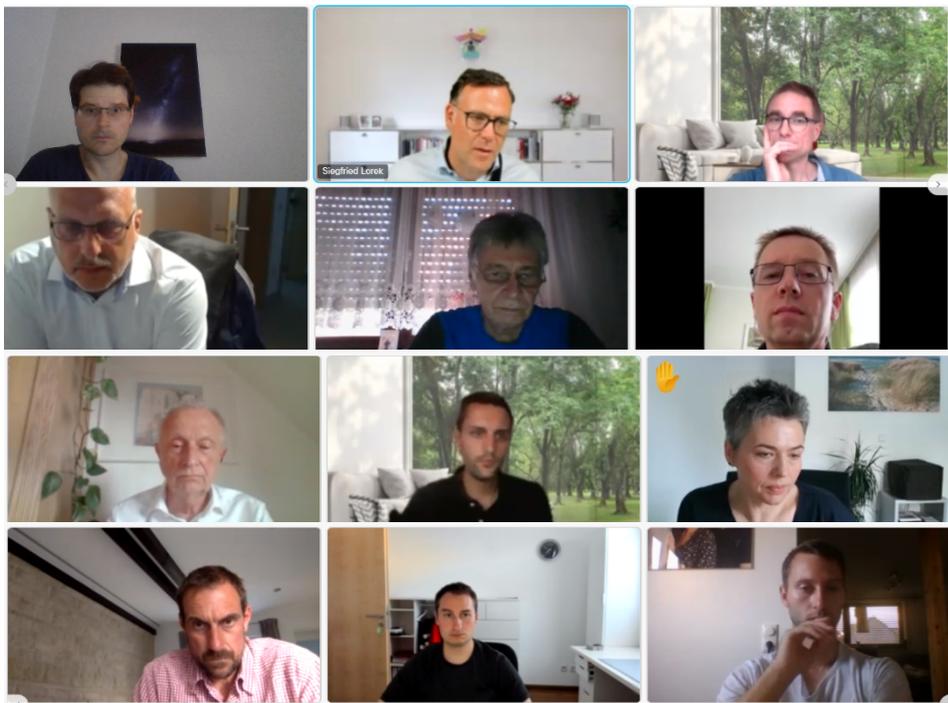
Problematisch sei ebenfalls, dass Flüchtlinge gleich in den Rechtskreis des „ALG 2“ eingestuft werden anstelle der Asylbewerberleistungen. Dies führe zu sozialen Spannungen und böte weitere Anreize für den Zuzug nach Deutschland. Viele Menschen haben Angst, durch die Krisen und die steigenden Preise in Armut abzurutschen. Wichtiger als eine Besserstellung der Asylbewerber wäre jetzt ein Inflationsschutz für Grundsicherungsempfänger. Der

Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter fordert: „Wer diesen Rechtskreiswechsel will, muss auch eine Gegenfinanzierung aufzeigen.“

Auch das von der Ampel geplante „Chancenaufenthaltsrecht“ würde falsche Anreize setzen. Die Zuwanderung von Fachkräften müsse anders gelöst werden und nicht über Flüchtlingsmigration. Der Arbeitsmarkt zeige, dass Flüchtlinge nicht die gewünschten Qualifikationen haben oder erlangen.

Dr. Ganter regte an, über Europa einheitliche Regelungen anzustoßen, die zu mehr Grenzschutz und weniger Binnenmigration führen sollen. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Polizei, Rainer Staib, befürwortete die Anregung und sprach sich auch dafür aus, an den Außengrenzen mehr zu kontrollieren.

Die beiden Landesvorsitzenden, Dr. Alexander Ganter und Rainer Staib, vereinbarten, die verschiedenen Anregungen über die Arbeitskreise weiter zu verfolgen und beispielsweise an den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Rainer Wieland MdEP heranzutragen.



Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.